Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Erstarkung der westlichen Welt, die sich von Monat zu Monat in steigendem Maße vollzieht, steht im Begriff, die Politik der Sowjetunion allmählich in die Defensive zu drängen. Die Anzeichen dafür sind in manchen Bereichen unverkennbar. So hat sich in der Haltung und in den Äußerungen der maßgebenden Männer der Ostzone Deutschlands eine starke Milderung herausgebildet, welche nunmehr den Ton im Verkehr mit den Politikern Westdeutschlands bestimmt. Auch aus dem Kreise der Satelliten sind nicht mehr so scharfe Töne vernehmbar wie noch vor kurzem, wenigstens was die Beziehungen nach außen betrifft; im Inneren freilich geht die Politik der rücksichtslosen Ausmerzung jeder Gegnerschaft entschlossen weiter. Vielleicht ist diese nach außen eher defensive Haltung des Sowjetblocks nicht allein auf die militärische Erstarkung des Westens und auf gewisse Rückschläge an den ostasiatischen Fronten zurückzuführen. Aller Wahrscheinlichkeit nach spielt in dieser Beziehung die offensichtliche Krise eine nicht unbeträchtliche Rolle, welche die kommunistischen Parteien verschiedener Länder des Westens erfaßt hat. Aber auch diese Krise ist in letzter Linie auf nichts anderes als auf die Erstarkung der westlichen Welt zurückzuführen. Denn die kommunistischen Parteien des Westens umfassen in erheblichem Maße Gruppierungen, deren Bestandteile nur in geringem Grade orthodoxe Kommunisten sind. Hierzu gehören in erster Linie die weitgespannten Kreise der früheren Widerstandsbewegungen, die sich seinerzeit mit den Kommunisten zusammengeschlossen hatten, weil diese bei zahlreichen Gelegenheiten unverkennbar die stärksten Impulse des Widerstandes aufwiesen. Diese Leute sind natürlich im Grunde durchaus patriotisch gesinnt, und es ist ihnen wohl in hohem Maße zu glauben, daß ein Verbleiben in der kommunistischen Partei ihnen durch die Haltung ihrer Führer unmöglich gemacht wurde, welche immer wieder ihre Entschlossenheit bekundeten, vor einem allfälligen sowjetischen Angriff auf jede Verteidigung zu verzichten, weil eben in ihren Augen die Sowjetarmee überhaupt keinen Angriff, sondern höchstens eine Befreiungsaktion unternehmen werde. Freilich war nun diese Einstellung der kommunistischen Führung des Westens seit langem bekannt, sozusagen notorisch; das hat aber die Partisanengruppen, die sich nun von dieser Führung trennen, nicht daran gehindert, so lange bei der kommunistischen Stange zu bleiben, als sie die westliche Welt vor einem sowjetischen Angriff wehrlos wähnten.

Aus diesen Entwicklungen, wie sie hier stichwortartig skizziert sind, mag eine für den Westen angenehme Perspektive abgelesen werden. Es hat sich als richtig herausgestellt, was manche Beobachter schon vor Monaten festhielten: daß nämlich die Sowjets mit der Aktion in Korea sich auf weite Sicht gesehen in ein gefährliches Wagnis begeben haben. Es ist erfreulich, nun zu erkennen, daß der Abwehrwille des Westens erwacht ist und daß die ihm entspringenden Maßnahmen ihre Früchte zu

tragen beginnen. Diese Feststellung darf freilich nicht über die Erwägung hinwegtäuschen, daß die Sowjetunion natürlich nicht daran denkt, irgendwie den Rückzug anzutreten. Unablässig laufen ihre Gegenaktionen; sie zeigen sich in den verschiedensten Bereichen. Die im Gefolge der Aufrüstung eingetretene Kontraktion auf dem Rohstoffmarkt ist im Begriff, das nur mühsam hergestellte wirtschaftliche Gleichgewicht im europäischen Westen bereits wieder zur Diskussion zu stellen. Zum Teil infolge allgemeiner Ermüdungserscheinungen oder auf Grund unbefriedigender sozialer Verhältnisse will es in manchen dieser Länder nicht gelingen, die im Gefolge der Rohstoffschwierigkeiten eintretende Teuerung aufzufangen und auf dem Wege erhöhter Produktion auszugleichen. So treten immer wieder soziale Mißstände zu Tage, und es ist unverkennbar, daß darunter die Aufrüstung leiden muß. Ebenso unverkennbar ist die stete Aktion der Sowjets in dieser Richtung, und daß ihr nicht wenig Erfolg beschieden ist, haben gewisse Komplikationen in manchen westlichen Ländern deutlich erwiesen. Außerdem ist die sowjetische Aktion auch auf anderem Felde nicht ohne Erfolg tätig. Sie hat nicht gezögert, in die Erdölpositionen des Westens in unliebsamer Weise einzugreifen, und ihr Ziel ist offensichtlich die Bewegung der arabischen Welt gegen den Westen, welche, wenn sie auch noch keine schwerwiegenden Situationen herbeizuführen vermag, doch Unruhe schafft und den Westen zu Gegenmaßnahmen zwingt, die in ihren Auswirkungen den Keim ernster Konflikte in sich tragen.

Jann v. Sprecher

Brief aus Paris

Wenige Wochen vor ihrem Ende hat durch die Uneinigkeit der Parteien über die Wahlreform die

Legislatur eine neue Krise zu überwinden.

Pleven war durch die nicht in Einklang zu bringenden Forderungen der Parteien in einen Engpaß geraten und zog seinen Rücktritt einer Auflösung der Kammer vor. Eine solche wäre nicht zu umgehen gewesen, wenn das Kabinett in die Minderheit geriet. Die Krise setzte ernstlich die demokratische Regierungsform auf's Spiel; nur eine Persönlichkeit wie Queuille, ein Mann mit den besten radikalen Traditionen, konnte sie lösen. Um wahrheitsgemäß zu berichten, muß gesagt werden, daß die ihrem Ende entgegengehende Legislatur von der Furcht vor der Auflösung beherrscht wird; einer Furcht, die ein Erbteil Léon Blums ist. Für den früheren Leiter der Sozialisten war eine Auflösung so viel wie ein Staatsstreich, sie war Boulangismus. Immerhin hatten ganz waschechte Republikaner in den letzten Jahren der III. Republik diese wesenlosen Gespenster bereits verscheucht. Sie sahen in der Auflösung das einzige Mittel, die Demokratie zu sich selbst zurückzuführen, wenn offenkundig Unstimmigkeit zwischen der Nationalversammlung und dem Land herrschte. Aber wir haben schon früher gesagt, daß die vorherrschende Sorge der Parteien nur dahin geht, ihre Herrschaft mittels eines besonders zu diesem Zweck fabrizierten Wahlgesetzes zu verlängern, und daß sie gerne die Verteidigung der republikanischen Regierungsform mit der Verteidigung jenes Systems verwechseln, das sie selbst an die Macht brachte. Man muß deshalb um so mehr die guten Diener unseres Staates bewundern, die unbeirrt von solchen Krisen ihre Aufgabe

ruhig weiter erfüllen. Einer dieser Männer ist General Juin, und das Ziel seiner beharrlichen Bemühungen ist die Wiederherstellung einer ernstlich gefährdeten Lage.

Man hat in großen Zügen erfahren, daß General Juin vom Sultan von

Marokko

die Desavouierung des Istiqlals, der nationalen fortschrittlichen Bewegung, und die Trennung von gewissen Mitarbeitern des Makhsens verlangte, die in engen Beziehungen zum Istiqlal stehen. Nach einigen Tagen dramatischer Verhandlungen wurde am 25. Februar zwischen dem Sultan und dem Generalresidenten ein Abkommen unterzeichnet, das den französischen Forderungen in vollem Umfang Genüge leistet. Die Vereinbarung war nur für diejenigen eine peinliche Überraschung, die den Abbruch der im Gang befindlichen Verhandlungen für ihre Zwecke auszuschlachten gedachten. In seiner Proklamation verurteilt der Herrscher den Kommunismus im Namen des Islams und erkennt die rechtlichen Grundlagen für die Gegenwart Frankreichs in Marokko an. In Wirklichkeit hat aber der Sultan in gleicher Weise den französischen Forderungen nachgegeben wie dem Druck der Krieger der Rehamna-Stämme, die — der Schutzmacht treu ergeben — auf den Ruf des Glaoui in großen Wellen gegen Fez und Rabat anbrandeten. Man kann ohne weiteres glauben, daß dieser eindrucksvolle Aufmarsch der traditionellen Freunde Frankreichs auf den Herrscher starken Eindruck machte. Aber es wäre eine große Täuschung, anzunehmen, die Unterzeichnung des Abkommens habe der marokkanischen Krise mit einem Schlag ein Ende gemacht, und die Ursachen des Konflikts seien nun durch die getroffenen Vereinbarungen beseitigt.

Eine Tatsache verdient festgehalten zu werden: in allen Ländern des Ostens und des Fernen Ostens sind die extremistischen Parteien die Anführer der nationalistischen Bewegungen. Der Istiqlal ist keine Volkspartei, keine Partei der Massen, obgleich er sich Reformpartei nennt. Er vereinigt auf merkwürdige Art die Anhänglichkeit an den Islam und — in allgemeiner Beziehung — an die Tradition mit dem Wunsch, eine Entwicklung in Gang zu setzen, der theoretisch die Konzeption eines modernen Staates zu Grunde liegt. In Marokko hat das nationalistische Fieber Erstaunliches bewirkt: es nähert die sich meistens aus dem wohlhabenden Bürgertum oder der eingeborenen Aristokratie rekrutierenden jungen Kampfgeister den Parteien der äußersten Linken, die — wie der Destour in Tunis oder die algerische Volkspartei — jede Verhandlung mit Frankreich ablehnen und nichts anderes im Sinn haben, als sich von ihm zu trennen.

Lyautey war es gelungen, die Alaouiten-Dynastie in die von ihren Vorvätern ererbten Rechte wieder einzusetzen und Marokko den inneren Frieden zu bringen. Damit war die erste Phase des Protektorats beendet. In der zweiten sollte das scherifische Kaisertum den Erfordernissen einer sich weiter entwickelnden Nation angepaßt werden. Frankreich hatte nicht die Absicht, die ursprüngliche Physionomie Marokkos zu ändern, aber es verlor die Notwendigkeit nie aus den Augen, früher oder später in die nach orientalischem Muster aufgebaute und auf einen mittelalterlichen Feudalismus gestützte Verfassung des Landes einzugreifen, um es der nationalen Reife zuzuführen. Dabei mußte jedoch mit aller Vorsicht und Mäßigung vorgegangen werden, denn das marokkanische Statut ist bekanntlich eng an die Achtung der Gebräuche der Eingeborenen gebunden.

Dann kam der Krieg. An einem

historischen Diner in Anfa

überschüttete der gänzlich von seinen antikolonialen Ideen beherrschte Präsident Roosevelt den Sultan mit Freundschaftsbeteuerungen, was einem Versprechen Ame-

rikas gleichkam, Marokko politisch zu unterstützen. Sicherlich war sich der Präsident der weittragenden Bedeutung seiner Worte nicht bewußt. Wie dem auch sei: seit diesem nur allzu berühmten Diner in Anfa näherte sich der Sultan dem Istiqlal, den er kurz vorher noch verurteilte, wie es auch schon der Großwesir am 1. Januar 1938 nach einer ernsten Verwarnung getan hatte. Unter dem Druck der jungen fanatischen Bürger, die davon träumen, in Marokko eine totalitäre, mehr oder weniger vom Nationalsozialismus beeinflußte Regierungsform einzuführen, kam schließlich der Sultan so weit, eine Revision des Protektorats zu fordern — wenn nötig auf dem Weg der Anrufung der Uno. So kam unter dem Deckmantel der Verteidigung demokratischer Freiheiten die paradoxe Annäherung zustande, die Sidi Mohammed ben Youssef, den Fürsten von Tausend und einer Nacht, zum Verbündeten einer revolutionären Bewegung macht.

Seit jener unglückseligen Einmischung Roosevelts haben sich in internationaler Beziehung die Grundlagen des Problems sehr viel weiter entwickelt. Daß es in Marokko durch jene mächtigen Geschäftemacher (manchmal amerikanischer Nationalität), die dort Regen und Sonnenschein machen, ein koloniales Problem gibt, ist gar nicht zu bezweifeln. Daß man die Regierung von der schwer auf ihr lastenden Hypothek dieser lästigen Kamarilla befreien müsse, weiß niemand besser als General Juin. Er weiß aber auch, daß man aus Marokko nicht das gewünschte zivilisierte Land machen kann, wenn der Istiqlal und seine extremistischen Helfershelfer dort als Herren walten.

Die Aufgabe des Generalresidenten wird noch dadurch erschwert, daß die Unversöhnlichkeit des Sultans und seine Vorbehalte hinsichtlich des Protektorats in ganz merkwürdiger Weise von französischer Seite ermutigt werden. Es hat sich als Tatsache herausgestellt, daß der Istiqlal in der französischen Hauptstadt Unterstützung findet, die sogar bis in die Reihen der hinter der Regierung stehenden Parteien geht. Zum Beispiel hat die Zeitung Bidaults einen Feldzug zu Gunsten des Istiqlal unternommen, und man weiß sehr wohl, daß die Sozialisten in Nordafrika recht gerne gemeinsame Sache mit den die Fremden hassenden Nationalisten machen, die sich gegen jeden französischen Einfluß außerordentlich feindlich zeigen. Die getarnt-kommunistischen Zeitungen tun dergleichen, als ob sie im Sultan von Marokko das Muster eines demokratischen Herrschers und den Kämpfer für soziale Fortschritte sähen. Der selben Haltung befleißigt sich El Fassi, der Führer des Istiqlals, der sich zu gleicher Zeit auf «die Weisheit Unserer geliebten Majestät» beruft, wenn er die progressistischen Kräfte anruft. Dieses politische Manöver hat sich jetzt auf Ägypten ausgedehnt, wo die arabische Liga die marokkanische Angelegenheit zum Vorwand nimmt, um das Gespenst des heiligen Krieges wachzurufen und sich zu bemühen, in Kairo die muselmanische Jugend gegen Frankreich aufzuwiegeln. Man erkennt darin die Hand des Istiqlals, von dem auch die falschen Nachrichten stammen, die in der arabischen Welt bedauerlicherweise verbreitet wurden.

Sowohl in Marokko wie in Indochina springt die Notwendigkeit eines einheitlichen und dauernd gleichgerichteten starken französischen Willens in die Augen. Man weiß den Radikalen (Richtung Daladier) Dank, daß sie das verstanden und auf die Gefahr aufmerksam gemacht haben, die der französisch-marokkanischen Angelegenheit durch die Intrigen der Politiker droht.

Die Lösung der Krise, die ohne die mit Energie gepaarte Geschicklichkeit General Juins leicht verhängnisvoll werden konnte, läßt aber das ganze

Problem der Reformen

noch unberührt. Vor allem verlangt das Schicksal der Fellachen die Aufmerksamkeit der Schutzmacht. Soziale Fortschritte könnten jedoch in Marokko niemals plötzlich und durch unpersönliche, totalitäre Neuschöpfungen durchgeführt werden; sie sind nur möglich, wenn sie von den bescheidenen und einfachen Gegeben-

heiten und besonders von der Gemeinschaft der Eingeborenen ausgehen. Viel mehr als nach europäischem Muster aufgezogene Gewerkschaften, auf welche die Parteien der Linken hoffen (natürlich mit dem Hintergedanken, sie vielleicht politisch auswerten zu können), hat das marokkanische Volk einen menschlich klug in die Wege geleiteten allgemeinen Übergang zu besseren sozialen Verhältnissen nötig; einen Übergang, der den geistigen Kräften des Landes Rechnung trägt. Es wäre besser, das marokkanische Volk — ehe man ihm gewerkschaftliche Organisationen aufbaut — erst zu erziehen und aus seinen besten Elementen eine Elite speziell ausgebildeter Arbeiter und qualifizierter Werkmeister zu schaffen, die fähig wäre, Kaders zu bilden, deren Notwendigkeit sich sowohl in den Fabriken, wie in den landwirtschaftlichen Betrieben fühlbar macht.

Während des Konflikts, bei dem sich Residenz und kaiserliches Palais gegenüberstanden, war der Repräsentant Frankreichs mit dem lokalen Verhalten der Kaids sehr zufrieden, das ihm das Vertrauen eines großen Teils der marokkanischen Bevölkerung sichert. Es ist weitesten Kreisen auch bekannt, daß in den Medersas, in den Moscheen, sich seit mehreren Monaten zahlreiche Stimmen gegen die allzu große Rolle erhoben haben, die der Sultan dem Istiqlal bei der Leitung der Regierungsgeschäfte einräumte. Wenn in Paris nicht so viele Leute auf die nationalistische Partei hereingefallen wären, so hätte die französische Bevölkerung heute keinerlei Zweifel über die Zukunft der französisch-marokkanischen Beziehungen. Sie sollte wissen, daß, was es auch immer mit der schlechten Laune des Sultans auf sich habe, Frankreich doch auf die unerschütterliche Freundschaft der Bevölkerung des Südens und der Bergbevölkerung der Berber rechnen kann.

Wie die französisch-amerikanische Abmachung vom 22. Dezember beweist, ist Marokko berufen, bei einem Weltkrieg eine

strategische Rolle

zu spielen. Es versteht sich von selbst, daß dies die kommunistische fünfte Kolonne nicht gleichgültig läßt. Die berufsmäßigen Agitatoren haben die Marokko zugedachte Rolle als Vorwand genommen, um sich gegen das Anlegen von Flugzeugbasen an der Küste des Moghreb aufzulehnen, sowie gegen das vorgesehene Einrücken von Abteilungen der «Air Force», die in den nächsten Wochen eine Stärke von 17 000 Mann erreichen werden. Die große Mehrheit des französischen Volkes wünscht daher, daß die Regierung — der Mission Frankreichs treu — ihrem Vertreter weiterhin unbegrenztes Vertrauen in einem Augenblick schenkt, in dem eine politische Partie gespielt wird, bei der das innere Gleichgewicht eines Landes auf dem Spiel steht, dessen Stabilität eine Bedingung für die Verteidigung des Atlantiks ist.

* * *

André Gide

entschwindet auf der Höhe seines Ruhms. Er ist ohne offiziellen Pomp und ohne lange Grabreden dahingegangen, ganz so, wie er das gewünscht hatte, und man muß ihm für seine Diskretion Dank wissen. Dieser hervorragende Schriftsteller und Kritiker ersten Ranges (von der Art Montaignes und Sainte-Beuves, aber mehr Montaigne angenähert) machte jedoch hinsichtlich seiner Moral einen recht kläglichen Eindruck. Und dabei hat er sogar einigemale auf die Rolle eines Moralisten Anspruch erhoben, ohne aber damit Erfolg zu haben. Nicht ohne Naivität glaubte er sich frei von allen Bindungen, von allem Herkommen und allen Gebräuchen, doch hatte er aus diesem Anti-Konformismus eine so strenge Regel gemacht, daß uns der große Individualist in den letzten Jahren seines Lebens wie der Schmied seiner eigenen Ketten vorkam. Man hat seinen pietätlosen Ausfall gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht

vergessen — zu der er doch immerhin auch gehörte: «Ihr Familien, ich hasse Euch!» Dieses fast krankhafte Bedürfnis, sich von allen Fesseln zu befreien, hat ihn zu seltsamen vorübergehenden Irrtümern veranlaßt, die so weit gingen, daß er eine Zeit lang sogar Anhänger des Kommunismus war — so wie er sich früher einmal beinahe der «Action française» angeschlossen hatte. Aber wer erinnert sich noch daran?

Dieser so außerordentlich leicht beeindruckbare Geist kannte keine Grenzen, und vielleicht ist darauf das enorme Ansehen zurückzuführen, das er bei mehreren Generationen genoß, die ihn für einen großen Meister hielten. Er hat einen überragenden Einfluß auf solche Menschen ausgeübt, die daran verzweifelten, daß Vernunft und Zivilisation der freien Menschen jemals noch eine Rolle spielen könnten.

Es ist ein Verdienst Gides, durch seine ausgezeichneten literarischen Eigenschaften die materialistische Dekadenz bekämpft zu haben, zu der er jedoch früher einmal in recht skandalöser Weise beigetragen hatte. Wie sollte die Moral diesen Teil seiner Werke nicht mit aller Strenge verurteilen? Es ist der am wenigsten wertvolle Teil, den er selbst aber mit seltener Beharrlichkeit als sein Hauptwerk bezeichnete. Und doch hat er folgende Betrachtung niedergeschrieben, in der sich ein edler Gedanke spiegelt: «Man muß seinem abwärts führenden Lebensweg folgen, sich dabei aber immer bemühen, wieder emporzusteigen». Er hat seine grenzenlose Trauer über das heroische Schicksal Saint-Exupérys ausgedrückt und seine höchste Bewunderung über den Satz dieses Schriftsteller-Fliegers: «Nicht in der Freiheit liegt das Glück, sondern in der Übernahme einer Pflicht».

Gegen alle Philosophie verhielt sich Gide gänzlich ablehnend, und er rühmte sich, keinen Sinn für Metaphysik zu haben. Eines Tages hatte er uns anläßlich seiner Bekehrung zum Kommunismus (ich hatte mich geweigert, sie ernst zu nehmen) geschrieben: «Ich gebe zu, daß Sie auf eine Stelle gezeigt haben, an der das Räderwerk meiner Gedanken nicht mehr ganz ineinanderzugreifen scheint; ich sage ‚scheint', denn es funktioniert noch immer, nur weiß ich nicht recht, auf welche Weise». Sein Freund Charles Du Bos, gegen den er so ungerecht war, hat von ihm gesagt: «Im Grund ist er ein Mann, der niemals nachgedacht hat». Der Ausspruch überrascht, wenn er sich auf einen Schriftsteller solchen Formats bezieht. Aber wir glauben, daß eine große Wahrheit darin liegt. André Gide hat sich immer davor gehütet, mit seinen Gedanken wirklich in die Tiefe zu dringen, um in trügerischer und aufreibender Jugendlichkeit um jeden Preis der Mann der Gegenwart, des Augenblick zu bleiben. Es ist eine Tatsache, daß Menschen, welche die Aufrichtigkeit seiner Überzeugung, die Strenge seiner Kritik, die Mühen seines hartnäckigen Forschens kennen lernten, es ihm verdanken, in sich selbst Forderungen erkannt zu haben, von denen sie vorher nichts wußten. Einige haben in seinen Spuren den Weg des Heils gefunden. Sie werden seine Fürsprecher sein.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Ungarn

In der Bankgasse, im Zentrum Wiens, befindet sich die Gesandtschaft der Ungarischen Volksrepublik. Das altehrwürdige Gebäude aus dem 18. Jahrhundert trägt jetzt einen neuen Anstrich und man hat bei dieser Gelegenheit der Renovierung auch gleich die große vergoldete Stephanskrone entfernt und sie durch die neuen Embleme — Hammer und Sichel — ersetzt. Dort muß man erscheinen, um ein Visum für Ungarn zu erhalten. Die Prozedur ist recht kompliziert, denn es sind mit Hilfe eines Dolmetschers eine Reihe von Fragebogen auszufüllen, drei

Fotos abzugeben und dann heißt es warten, wochenlang warten, bis Budapest den Akt «behandelt» hat.

Wer Glück hat, erhält — mitunter auch für einen privaten Besuch — ein Visum. Der recht gut besuchte Zug leert sich, wenn Bruck a. d. Leitha passiert ist, denn niemand hat Lust, in die Volksdemokratie zu reisen. Man läßt ohne langen Aufenthalt die österreichische Zollkontrolle hinter sich, fährt dann an ungarischen Stacheldrahtverhauen und Wachttürmen vorbei und befindet sich in Hegyeshalom. Die höfliche Grenzpolizei hat nicht viel Arbeit, denn sie ist ja über jeden Einreisenden im Vorhinein orientiert. Man erhält ein Hotel zugewiesen, kann sein Geld zu einem schlechten Kurs einwechseln und fährt dann nach längerem Warten weiter, nach Budapest. Auch dort, im Hotel, ist der Empfang zuvorkommend; man weiß über alle Personalien Bescheid, so daß der Besucher gleich bei der Ankunft seine Aufenthaltsbewilligung ausgehändigt erhält.

Man braucht nur einige Tage in Budapest zu sein, um hinter die zunächst so glänzende Fassade der Volksdemokratie blicken zu können. Es beginnt eigentlich schon im Hotelzimmer, in dem so ziemlich jedes Stück aus einem anderen Etablissement stammt: das Bettzeug aus dem «Astoria», die Handtücher aus dem «Ritz», die Teppiche aus dem «Ambassador» — ein Ergebnis der Verstaatlichung der gesamten Hotelbetriebe! Immerhin muß man zugeben, daß diese Staatshotels auch jetzt noch ziemlich sauber sind.

Eine unangenehme Überraschung für jeden der wenigen Ausländer, die in Budapest geschäftlich zu tun hatten, war die zu Beginn des Monats März erfolgte Rationierung von Butter, Speck, Fett und Seife. Diese Maßnahmen der Regierung waren die Folge der immer mehr um sich greifenden Hortung aller wichtigen Lebensmittel durch die Bevölkerung, die schon zu Anfang d. J. die Wiedereinführung der Bewirtschaftung von Zucker, Mehl und Stärkeprodukten über sich ergehen lassen mußte. Die amtlichen Zuteilungen sind ziemlich gering, so daß man sich auf dem freien Markt noch zusätzlich versorgen muß, wobei aber die dortigen Preise wenigstens doppelt so hoch als die der zugeteilten Warenmengen sind. So kostet z. B. ein Kilo Zucker im freien Verkauf 12 bis 15 Forint (1 Forint ungefähr gleich 1 österr. Schilling), ein Kilo Butter 45, ein Ei 1.50. Das ist im Verhältnis zu den Gehältern (Arbeiter rund 500, Angestellte 400—500 F monatlich) recht viel. Leider sind es nicht nur diese hohen Preise, die das Leben in Budapest heute sehr schwierig machen, sondern auch die an die Kriegszeiten gemahnenden Menschenschlangen vor den Geschäften, in denen es Kartoffeln, Gemüse und Obst gibt. Auch an diesen Dingen macht sich in den letzten Monaten ein starker Mangel bemerkbar; die Presse versucht vergeblich, die Unzufriedenheit mit guten Ratschlägen zu beschwichtigen. Dies ist natürlich nach einem Jahr flotten Lebens wirklich schwer. Schwerer freilich noch die *Begründung,* da die kommunistische Propaganda bisher nicht ohne Stolz auf den stark angestiegenen Lebensstandard in Ungarn hingewiesen hatte und erst nach dem Eintreffen einer Rüge aus Moskau zu einer völlig neuen Taktik greifen mußte. Die Regierung sprach fortan nurmehr davon, «man dürfe nicht die Zukunft des Landes aufessen». Diese neue Parole hatte sofort die Erhöhung der Arbeitsnormen und die Abzweigung eines höheren Prozentsatzes der laufenden Produktion für Investitionen zur Folge und beschwor zusammen mit der allgemeinen Entwicklung jene Mangelerscheinungen herauf, mit denen Ungarn heute fertig werden muß.

Die politische Entwicklung,

die Ungarn seit der Ausschaltung der politischen und kirchlichen Opposition durchzumachen hatte, verlief nach jenem Schema, das für alle Volksdemokratien angewandt wird: unter der Fiktion einer Regierung der «Nationalen Front» okkupieren die Kommunisten alle wichtigen Ämter; sie belassen den dem Namen nach be-

stehenden anderen Parteien nur ein paar nebensächliche Ressorts. So steht zwar an der Spitze des Kabinetts auch heute noch Istvan Dobi, ein Mitglied der willfährigen Kleinlandwirtepartei; aber dieser Mann ist nur ein Aushängeschild — als einziger Vertreter seiner Partei im Kabinett hat er neben den 16 Ministern der «Partei der Werktätigen» natürlich kaum etwas zu reden, geschweige denn die Politik der Regierung zu bestimmen. Das besorgt nicht erst seit heute Mathias Rakosi, der Stellvertreter Dobis, der in den letzten Monaten auch innerhalb seiner aus der Fusion von Kommunisten und Sozialdemokraten entstandenen Partei die ihm nicht zuverlässig scheinenden Elemente rücksichtslos entfernt hat. So wurden auf dem Ende Februar abgehaltenen Parteitag weder der bisherige Vorsitzende Arpad Szakasits noch dessen Stellvertreter, der frühere Leichtindustrieminister G. Marosan, ins Zentralkomitee wiedergewählt. Beide spielten früher in der Sozialdemokratie eine maßgebende Rolle und besorgten vor drei Jahren das freiwillige Harakiri ihrer Partei. Jetzt sind sie unnötig geworden und verloren nach ihren Ämtern im Staat auch ihre Parteifunktionen.

Trotzdem das kommunistische Regime jetzt weder von politischer noch von kirchlicher Seite her etwas zu befürchten hat, kann man nicht sagen, daß im Kreise der Partei alles in voller Ordnung verläuft. Auf dem letzten Parteitag richtete Rakosi scharfe Angriffe gegen jene Kommunisten, die «gegenüber der Sabotage, den Hamsterern, dem Schwarzen Markt und den Praktiken der Kulaken» nicht genügend wachsam seien und von denen viele eine gefährliche Kompromißneigung zeigten. Seit 1949 wurden zwar über 65 000 Parteimitglieder aus diesen und anderen Gründen ausgeschlossen, doch waren das scheinbar nur die dringlichsten Fälle. Daß sich aber in der Arbeiterschaft seit der Einführung der neuen Arbeitsnormen eine starke Gegnerschaft bemerkbar macht, mußte Rakosi schon im Sommer vergangenen Jahres bemerken, als es in vielen großen Fabriken zu spontanen Arbeitsniederlegungen, ja — wie z. B. im Szegeder Textilkombinat — sogar zu Sabotagefällen kam. Die ersten kürzlich erfolgten radikalen Eingriffe im Bergwerk Tatabanya, wo über 200 Arbeiter verhaftet und nach Osten deportiert wurden, blieben ebensowenig geheim wie die starken Arbeitsabsenzen im Bergwerk Varpalota oder die Insultierung eines Politagitators in der Grube von Gant. Und als im Rahmen der Kampagne zur Einsparung von Kohle ein Artikel des kommunistischen Parteiorgans in Betriebskonferenzen verlesen wurde, in dem man Lenin als Beispiel hinstellte, da fragten die Arbeiter bissig, was Lenin nach seiner Arbeit im Dunkeln getan habe oder ob Stalin nicht mit Licht spare, weil von ihm nicht die Rede sei.

Die Auswüchse der Kulturanpassung

Ungarns Kulturleben von heute kann man nicht in einem Satz definieren, wie vielfach das der anderen Oststaaten. Die Oper in der früheren Andrassy-Utca, die jetzt «Sztalin-Utca» heißt, hat noch immer erstaunlich gute Stücke zu bieten, die Kinos aber spielen vorwiegend primitive sowjetische Filme oder etwa auch einen landeseigenen, wie den Farbfilm «Seltsame Heirat», ein übles Tendenzstück, das sich gegen die Kirche und den Adel richtet und dessen Drehbuch der bekannte Julius Hay schrieb. So ist es kein Wunder, daß die Jugend lieber die Tanzlokale und Weinhäuser aufsucht, wo man nicht nur Zigeunermusik, sondern auch amerikanische Jazzmusik — außer Samba! — hören kann. Die Preise sind entsprechend hoch: 24 Forint für eine Flasche Wein, 5 Forint für einen Fingerhut voll Bohnenkaffee, der natürlich in Ungarn Raritätswert hat. In den Auslagen der Buchläden dominiert die Parteiliteratur. Stalins Werke z. B. erlebten eine Riesenauflage von 3 Millionen Stück und auch Rakosis Jahrzehnte zurückliegender Prozeß wurde jetzt in 250 000 Exemplaren in Buchform herausgegeben. Daneben noch linientreue Romane und Gedichte von gut bezahlten Parteiliteraten, deren Namen man allerdings

noch nie zuvor gehört hat. Von den bekannten ungarischen Dichtern des vorigen Jahrhunderts sind nur Sandor Petöfi und Mihaly Vörösmarty einer Neuauflage für würdig befunden worden.

Besondere Aufmerksamkeit wird den sowjetischen Schriftstellern gewidmet, doch sind auch Werke kommunistischer und «fortschrittlicher» Literaten des westlichen Auslandes reichlich vertreten. Unter normalen Umständen würde natürlich der Großteil dieser Produktion ewig als Ladenhüter in den Regalen bleiben. Man hat aber zu dem bequemen Mittel des Zwangsabonnements in den Betrieben gegriffen und kann so nicht nur die Herausgabe dieses Schrifttums ermöglichen, sondern obendrein die Bevölkerung durch die sogenannten «unpolitischen» Bücher, die alle ihre bestimmte Tendenz haben, beeinflussen.

Eine sehr offenherzige Charakteristik der Zustände im Kultursektor gab erst dieser Tage der Volksbildungsminister Revai selbst, als er mitteilte, er habe Beamte seines Ministeriums entheben müssen, weil sie rund 500 Schriftsteller, darunter auch Cervantes und Swift, auf die «Schwarze Liste» gesetzt hätten. Dieses linke Sektierertum gehe sogar so weit, die ungarische Literatur der sowjetischen hintanzustellen. Nur so sei es möglich, daß viele Kinder nicht wüßten, wo eine wichtige Stadt oder ein Fluß liege, daß sie jedoch ganze Teile politischer Werke verständnislos hersagen könnten. Vielleicht wird diese Erkenntnis doch jetzt zu einer gewissen Umkehr auf jenem verhängnisvollen Weg führen, der z. B. im vorigen Jahr sogar zur Aufhebung des Unterrichtes westlicher Sprachen an Ungarns Mittelschulen geführt hat. Das mag freilich davon abhängen, wie Moskau die zweifellos ketzerischen Äußerungen Revais aufnehmen wird.

Kirchliche Siedlungen in Deutschland

Im Jahre 1939 wohnten auf dem deutschen Staatsgebiet westlich des heutigen Eisernen Vorhangs 36 Millionen Menschen, denen 10 Millionen Wohnungseinheiten zur Verfügung standen. Auf dem gleichen Gebiet wohnen jetzt 47 Millionen Menschen, die sich mit 6 Millionen Wohnungseinheiten begnügen müssen. Unter «Wohnungseinheiten» werden hier auch Notunterkünfte verstanden, die in anderen Ländern diesen Namen wahrscheinlich nicht erhalten würden. Die Zahl der Bevölkerung nimmt täglich zu durch die stündlich aus Ostdeutschland einsickernden politischen Flüchtlinge, die auf 1000 Personen täglich geschätzt werden.

Um in den Wohnverhältnissen auf ein erträgliches und einigermaßen menschenwürdiges Ausmaß zu gelangen, müßten somit 6 Millionen neue Wohneinheiten errichtet werden. Nimmt man den Bauwert einer Wohneinheit mit DM 10 000.— an, so bedeutet das eine Ausgabe von 60 Milliarden Mark — eine Ausgabe, die die Kräfte des jungen Staatswesens bei weitem übersteigt. Dabei hat die Bundesrepublik durch den Erlaß des Sozialen Wohnungsbaugesetzes ein beachtlich hohes Maß von sozialer Leistung erbracht. Das Gesetz sieht — auf einen einfachen Nenner gebracht — vor, daß für eine Wohnungseinheit im Wert von DM 10 000.— der Bund DM 4000.— an Hypotheken und DM 4000.— als Zuschuß bereitstellt, sofern der Siedlungswillige ein Grundkapital von DM 2000.— selbst aufbringt. Auch davon kann noch ein Teil, etwa ein Viertel, durch Selbsthilfe, zum Beispiel durch Zugreifen bei den Ausschachtungsarbeiten, aufgebracht werden.

Angesichts dieser deutlichen Sprache der Zahlen und Ausmaße hat sich in Westdeutschland die Erkenntnis durchgesetzt, daß es unbillig wäre, die Aufgaben des sozialen Wohnungsbaues und der Seßhaftmachung der Flüchtlinge dem Staat allein zu überlassen. Als erste waren es die beiden Kirchen, die für sich die Folge-

rung aus diesem schwerwiegenden sozialen Notstand gezogen haben, und es findet sich nach den ersten Jahren ihrer Wirksamkeit heute kaum mehr jemand, der den christlichen Kirchen vorwirft, daß sie damit das Gebiet ihrer Zuständigkeit überschritten hätten. In der Tat enthält das Problem der Wohnungsnot Fragen, die weit über den Bereich der Geld- und Raumbeschaffung hinausgreifen. Die Wohnungsnot mit allen ihren Begleiterscheinungen ist der Brandherd der Unsittlichkeit und der schlimmste Gefahrenpunkt für den um sich greifenden Zerfall der Familien und für die Gefährdung der Jugend, die allzu oft auf die Straße hinausgestoßen bleibt, ohne daß sie das Rückgrat fester sittlicher Maßstäbe mitbekommen hätte. Schließlich liegt auch in dem sozialen Wohnungsbaugesetz, trotz aller seiner Großzügigkeit, ein letzter Kern von Unrecht verborgen, den die Kirchen als Ansatz dafür betrachten müssen, die dem Staat anbefohlene Gerechtigkeit durch Kräfte der christlichen Barmherzigkeit auszugleichen und zu überhöhen. Das im Staatsgesetz im Keim vorhandene Unrecht liegt in der Tatsache, daß es gerade den von der Heimat- und Wohnungslosigkeit am schlimmsten Betroffenen, nämlich den Flüchtlingen, am schwersten fallen wird, das vom Gesetz erwartete Grundkapital aufzubringen. Die Verdienstspanne ist zu gering, als daß ein Vertriebener, selbst wenn er von der Arbeitslosigkeit nicht betroffen worden wäre, sich bei der allgemeinen Teuerung und bei der für ihn notwendigen allmählichen Wiederanschaffung der lebensnotwendigsten Dinge diese Summe seit der Währungsreform hätte ersparen können. Dabei ist die Arbeitslosigkeit gerade unter den Flüchtlingen bei dem häufigen Mangel aller persönlichen Beziehungen und bei dem geringen Vorhandensein von Arbeitsmöglichkeiten in den landwirtschaftlichen, vom Verkehr und von der Industrie abgelegenen und mit Flüchtlingen besonders dicht belegten Gebieten außerordentlich hoch. Sie beträgt, auf die Kopfzahl der Flüchtlinge umgelegt, etwa 33 %, steigt aber in einigen verkehrsentlegenen Randstrichen bis zu 86 % an.

Um dieser Aufgabe in einer sachgemäßen Weise gerecht werden zu können, haben die Kirchen zunächst versucht, die dafür geeigneten Instrumente zu schaffen. Schon im Jahre 1947 wurde die «Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland» gegründet, die es als ihre besondere Aufgabe ansieht, gerade den Flüchtlingen bei der Schaffung der Grundvoraussetzungen, namentlich bei der Aufbringung des Eigenkapitals, dann aber auch bei der Planung und bei allen Aufgaben, die sonst dem Bauherrn zufallen, zur Seite zu stehen. Die Mittel für den Anfang sind durch die Zeichnung von ersten Kapitaleinlagen der beteiligten Mitgliedskirchen gewonnen worden, werden aber durch Sammlungen erweitert, zu denen zum Beispiel der katholische Bischof von Rottenburg am Neckar die Bevölkerung seiner württembergischen Diözese erst kürzlich durch eine Straßensammlung aufgerufen hat. Der Idealfall, daß dem siedlungswilligen und siedlungstüchtigen Flüchtling das gesamte Grundkapital von DM 2000.— als Spende der Christenheit in die Hand gegeben wird, läßt sich freilich nur selten erreichen. In der Regel wird versucht, ihm die Summe als zinsloses persönliches Darlehen zu übergeben. Diese Praxis trägt den Vorteil in sich, daß die nach dem Prinzip des revolving fond zurückfließenden Beträge dann wieder zu gleichen Zwecken weiter vergeben werden können. Auf diesem Wege lassen sich aus einer Spendensumme von DM 50 000.— im Lauf von fünf Jahren 50 Eigenkapitaldarlehen zu je DM 1500.— auszahlen, womit für 50 Familien Wohnung und Heimat beschafft wäre. Schließlich wird in mehreren Fällen daran gedacht, zu einem späteren Zeitpunkt aus den zurückfließenden Darlehensbeträgen Altersheime zu errichten, was im Blick auf die heranwachsende Kinderschar und den Mangel an Wohnraum für die künftigen Großeltern die Lösung eines weiteren Problems bedeutet.

Für die Auswahl der richtigen Orte für neue Siedlungen ist die Tatsache von grundlegender Bedeutung, daß die geeignete Arbeitsstelle im Umkreis der neuen Behausung vorhanden sein muß. Im Industriegebiet am Rhein und an der Ruhr regelt sich diese Frage von selbst, doch ist sie um so schwerer zu regeln, je spär-

licher in einer Gegend der industrielle Einschlag ist. Für ein bis zwei Flüchtlingsfamilien am Rande eines Dorfes, etwa auf kircheneigenem Grund, der von beiden Konfessionen häufig für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt wird, wird sich zwar immer noch irgendwie eine Arbeit finden lassen, doch ist eine größere Siedlung an das Vorhandensein einer leistungsfähigen Industrie im erreichbaren Umkreis gebunden, es sei denn, man versucht, die notwendigen Arbeitsstätten zugleich mit den Wohnsiedelungen erstehen zu lassen. Da die Voraussetzungen dafür keineswegs überall zu schaffen sind und der Raum in dem übervölkerten Land meist kaum noch zu finden ist, hat sich die Aufmerksamkeit der Kirchen dabei vor allem auf jene Geländestücke gerichtet, die früher im Besitz der deutschen Wehrmacht gewesen waren. Vor allem haben sich dabei die früheren Munitionsdepots, die wegen der Explosionsgefahr weitab von jeder größeren Stadt und wegen der Tarnung meist auf Waldgelände errichtet worden waren, als geeignet erwiesen. Ihr Straßennetz ist noch erhalten, ebenso die Wasserzufuhr, die Kläranlagen und die elektrische Stromversorgung. Die Depots waren stabil gebaut und hatten nach Sprengung ihres Inhalts kaum noch ausgesprochen militärischen Charakter, so daß eine Vorsprache bei der Besatzungsmacht, die Zerstörungen im Blick auf den vorhandenen Wohnraummangel auf ein Mindestmaß zu beschränken, von gutem Erfolg begleitet war.

Die erste dieser gewerblichen Siedlungen wurde 1948 auf dem Gelände der Munitionsanstalt *Espelkamp* nördlich Bielefeld in Westfalen errichtet. Sie enthielt 133 Gebäude im Ausmaß von 50 bis zu 3000 qm mit einer Grundfläche von insgesamt 60 000 qm. Unter diesen Voraussetzungen ließen sich handwerkliche und industrielle Betriebe mit 2500 Arbeitsplätzen planen, was einer Stadt von 8000 bis 10 000 Einwohnern entsprechen würde.

Heute arbeiten in Espelkamp 29 verschiedene Firmen und Einzelbetriebe mit 621 Arbeitern. Bis Ende 1950 sind 176 Wohnungen fertiggestellt, 113 im Bau und 274 weitere geplant. Ein besonderer Teil des Geländes ist für die Aufnahme caritativer Einrichtungen, wie Altersheim, Kinderheim, Arbeiterinnen-Wohnheime und Lehrlingsheime bestimmt. Die Erfahrungen von Espelkamp waren so ermutigend, daß auf einigen der auf dem Bundesgebiet gelegenen 60 ehemaligen Wehrmachtanlagen in gleicher Weise mit dem Aufbau begonnen worden ist. Die Munitionsanstalt («Muna») Waldkraiburg bei Mühldorf am Inn beherbergt heute 2500 Einwohner, die sich nach der von den Kirchen in Gang gebrachten Planung auf 18 000 Menschen vermehren sollen. Dort hat namentlich frühere sudetendeutsche Industrie, vor allem die Glasindustrie an der Elbe, eine Heimat gefunden und im Jahre 1949 einen Umsatz von 20 Millionen Mark erbracht. In der früheren Muna St. Georgen, heute Traunreuth bei Traunstein in Oberbayern, bilden die Siemens-Schuckert-Werke das wirtschaftliche Rückgrat, mit dessen Hilfe die Stadt auf 9000 Einwohner erweitert werden soll. Auch die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft fördert mit besonderer Vorliebe Siedlungsbauten solcher Art, die dort in einem festen Zusammenhang stehen und Teil eines großangelegten Planes bilden. Die katholische Trägergesellschaft und die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland konnten bis Ende 1950 einen Bestand von 5000 Wohnungseinheiten ausweisen, der im Jahre 1951 auf beiden Seiten erheblich vergrößert werden soll.

Als der englische General Bishop vor kurzem die Flüchtlingsstadt Espelkamp besuchte, bezeichnete er sie in einer Rede als ein Faktum von europäischer Bedeutung. Er dachte daran, daß die Millionen der Heimatvertriebenen mit besonderer Deutlichkeit das Schicksal des Menschen dieser Zeit widerspiegeln, der in einer Weise wie kaum eine Generation vor ihm der Heimatlosigkeit ausgesetzt ist. Die Kirchen haben in diesem anerkennenden Wort eines obersten Sprechers der Besatzungsmacht eine Ermutigung gesehen, auf ihrem Wege weiterzugehen.

Herbert Krimm

Militärische Umschau

Die Prinzipien des britischen militärischen Denkens

In einem Augenblick, in dem das englische Parlament gewaltige Kredite für die Aufrüstung bewilligt hat, und das Land sich anschickt, weitere große Geldopfer zu bringen und einschneidende Entbehrungen auf sich zu nehmen, ist es wertvoll, von berufener Seite über die *Prinzipien des britischen militärischen Denkens* unterrichtet zu werden. Wir geben daher auszugsweise eine in der Vierteljahresschrift *«Foreign Affairs»* veröffentlichte Abhandlung wider [1]). Der Verfasser, Generalmajor *Sir Jan Jacob,* entstammt einer bekannten Soldatenfamilie. Nach seinem Abschied trat er in den Dienst der Broadcasting Company (BBC) und ist heute Direktor des Überseedienstes dieser Gesellschaft. In den maßgebenden offiziellen Kreisen wird ihm sein «most brilliant brain» nachgerühmt; er wird auch als «intellectual administrator» sehr geschätzt.

Der Autor gibt zunächst einen historischen Überblick über die Bedingungen, die bis 1914 die Lage bestimmten. Bis zu diesem Zeitpunkt gingen alle Entscheidungen von Großbritannien aus. Außerhalb von Europa gab es damals noch keine Großmacht, die möglicherweise als Feind Großbritanniens hätte auftreten können. Die Sicherheit des Reiches hing von der britischen Flotte ab, die alle Weltmeere beherrschte und infolgedessen verhindern konnte, daß sich eine von Europa her drohende Gefahr auf die überseeischen Gebiete des Reiches hätte ausdehnen können. Während des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts rechneten Großbritannien und das Empire nie mit der Möglichkeit, allein gegen eine europäische Großmacht kämpfen oder auf dem Kontinent größere Feldzüge unternehmen zu müssen. «Britanniens Stärke beruhte auf seiner Flotte, seinen wirtschaftlichen Hilfsquellen und der Fähigkeit, gerade so viel oder so wenig vom Krieg auf sich zu nehmen als es wollte».

Im ersten Weltkrieg trat eine große Änderung ein. Neun Millionen Mann wurden mobilisiert. Begrenzte Landexpeditionen und die unangefochtene Macht zur See waren vorbei. Das Aufkommen Japans und der Bruch des anglo-japanischen Bündnisses dehnten die Verteidigungsprobleme über Europa hinaus aus. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kalkulierte London bei der strategischen Planung die nun unmittelbar auch anderen Teilen des Reiches drohenden Gefahren ein.

Wohl gab es noch immer die britische Seemacht, die sich auf drei sichere Basen stützte: das vereinigte Königreich, den mittleren Osten und Singapore. Aber die militärischen Ratgeber erklärten, die drei Seemächte Deutschland, Italien und Japan würden zusammen, trotz einem Bündnis Englands mit Frankreich, wahrscheinlich stärker sein. Damals bildete die allfällige amerikanische Hilfe einen unsicheren Faktor. Von besonderem Nachteil war die Konzentration des Industriepotentials auf den britischen Inseln.

Im zweiten Weltkrieg wurde die gefürchtete Kombination der drei Seemächte zur Tatsache. «Während zweieinhalb Jahren wurden die Streitkräfte des britischen Commonwealth beim Versuch, den Kampf auf so vielen Schlachtfeldern fast ganz allein zu führen, bis zur äußersten Grenze beansprucht». Eine Zusammenfassung der im Laufe des Krieges entstandenen Lage ergibt folgendes Bild:

> Das Vereinigte Königreich mit 20 Mio Männern und Frauen im arbeitsfähigen Alter als Mittelpunkt — Hilfszentren in den Dominions und Indien — Rohmaterialien in genügender Menge, um einen sich beträchtlich hinziehenden Krieg

---

[1]) Principles of British Military Thought by Major General Sir Jan Jacob. Foreign Affairs, No. 2, 1951, New York.

durchzuhalten — Stützpunkte, die eine Kontrolle der Seeverbindungen garantierten — Eine sich auf die größte Handelsflotte der Welt stützende Seemacht — Sicherheit in der Führung und Leitung weltweiter Probleme.

Die negative Seite der Bilanz wies folgende Mängel und Schwächen auf:

Übermäßige Zersplitterung der Kraftzentren und Hilfskräfte — Lästige Abhängigkeit des Mutterlandes von lebenswichtigen Importen — Große Verwundbarkeit des Hauptproduktionsgebietes durch Bombenangriffe — Schwierigkeit der Konzentration starker Kräfte in großer Entfernung vom Hauptzentrum.

Diese Tatsachen ergaben das Bild eines lose zusammengefügten Organismus, das zu seiner Existenz freie Verbindungen brauchte. Sofern dieselben spielten, verfügte das Commonwealth über eine gewaltige Kraft.

Der Autor untersucht sodann die Entwicklung des strategischen Denkens seit dem Kriege:

Die erste grundlegende Änderung liegt auf verfassungsrechtlichem Gebiet. Indien, Pakistan und Ceylon sind Dominions geworden und Burma ist aus dem Commonwealth ausgeschieden. — Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan und die Politik Südafrikas haben die Stellung des Commonwealth an den Küsten des Indischen Ozeans erschüttert. — Eine weitere Veränderung der Lage ist durch die Konsolidierung und Ausdehnung des russischen Machtbereiches entstanden, eine Tatsache, der die Entwicklung der Vereinigten Staaten als Weltmacht als ebenso bedeutsamer Faktor gegenübergestellt werden muß. — Der Aufstieg Asiens zu einer Stellung von erstrangiger Bedeutung bildet einen dritten neuen Faktor. Vor dem Krieg war der Indische Ozean ein britischer See. — Die Unruhen in Asien bieten dem Stalinismus eine glänzende Gelegenheit, die Gärung mit allen Mitteln zu fördern.

Die Einstellung des britischen Commonwealth zu dieser neuen Situation bedarf der Klarstellung:

Der Hang der Dominions zum Beiseitestehen, zur Betonung ihrer Unabhängigkeit als souveräne Staaten, dauerte bis nach dem zweiten Weltkriege an. An Stelle des Reichsverteidigungskomitees traten bilaterale Vereinbarungen zwischen Mutterland und Dominions. Da williges Mitarbeiten unter freien Partnern weit vorteilhafter ist als eine engere Form der Koordination, die ein Element des Zwanges ist, bildet der geschilderte Zustand nicht unbedingt ein Moment der Schwäche, dagegen verhindert er die volle Geltendmachung des Einflusses in jenen Teilen der Welt, in denen Stärke in Friedenszeiten wichtig wäre. In der gegenwärtigen Lage des Commonwealth wäre eine Dezentralisation der Militärlasten weit wirtschaftlicher. Sie lasten aber weitgehend auf dem Mutterland, das infolgedessen einen großen Teil der verfügbaren Kräfte über die ganze Erde verteilen muß. Diese Schwierigkeit kann sich in Zukunft leicht vergrößern, wenn das indische Menschenreservoir der Armee nicht mehr zur Verfügung steht.

Der Autor untersucht sodann die Frage, ob die Verpflichtung der Truppenstationierung in vielen überseeischen Gebieten in Friedenszeiten nicht beschränkt werden könnte, kommt aber zu einem negativen Ergebnis, beispielsweise im Mittleren Osten, wegen des Schutzes des lebenswichtigen Erdöls. Er führt dann weiter aus, die verschiedenen militärischen Verpflichtungen, die die Westmächte auf sich genommen, würden infolge der beständigen Bedrohung durch den russischen Kommunismus im Interesse aller liegen.

In einem letzten Kapitel untersucht Sir Jacob die Rolle, die das Vereinigte Königreich selber spielen kann. Er weist nach, daß Großbritannien seit Kriegsende weit mehr Truppen unter den Fahnen hat, wie je zuvor in Friedenszeiten. Es waren nie weniger als 700 000 Mann im Dienst, jetzt erhöht sich die Totalsumme wieder. Die obligatorische Dienstpflicht besteht ununterbrochen seit 1939. Zwei Faktoren wirtschaftlicher und geographischer Natur berechtigen zu Zweifeln, ob Großbritannien eine ebenso große, wenn nicht noch größere Kriegsanstrengung aushalten könnte wie im letzten Krieg. Wie kann Großbritannien die Kriegsanstrengung durchhalten, falls es die riesigen Importe an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien nicht bezahlen kann? Könnte das Land die Bombardierungen überleben, bei denen Atombomben und Langstreckenraketen zur Verwendung gelangen würden? Die erste Frage ist leicht zu beantworten. Das Pacht- und Leihsystem oder eine ähnliche Institution wäre von ausschlaggebender Bedeutung, andernfalls müßte der größte Teil der britischen Industrie zur Bezahlung der Importe weiterhin Exportgüter herstellen. Die Beantwortung der zweiten Frage ist sehr viel schwieriger. Mit vollem Vertrauen kann aber gesagt werden, daß Großbritannien bereit ist, sich der Prüfung zu unterziehen, falls dies nötig werden sollte. Die Frage hat aber eine erhebliche Bedeutung für das britische strategische Denken. Sie weist auf die Notwendigkeit hin, einen potentiellen Gegner nach Möglichkeit fernzuhalten. Die überragende Bedeutung der europäischen Bühne für Großbritannien liegt daher auf der Hand.

Aus den Ausführungen des Autors geht der grundsätzliche Unterschied der Verteidigungsprobleme eines weit zerstreuten und nur lose organisierten Weltreiches gegenüber einer höchst konzentrierten kontinentalen Nation wie die Vereinigten Staaten hervor. Die Zersplitterung der Großbritannien zur Verfügung stehenden Mittel ergibt sich aus der Lage der einzelnen Gefahrenherde. Rußland, seine Satelliten und China bilden dagegen einen ungeheuer großen zusammenhängenden Gebietsblock. Die strategischen Erfordernisse Großbritanniens sind klar und seine strategischen Ziele beruhen auf dem richtigen Erfassen der Gefahr. Da alle freien Völker eine Beute des Kremls bilden können, müssen sie sich zusammenschließen, um sich bei der Verteidigung gegenseitig zu unterstützen. Daher ist man in Großbritannien der Ansicht, daß der Atlantikpakt nur der Vorläufer analoger Organe in anderen Teilen der Welt sein sollte, die alle in den Rahmen der Vereinten Nationen gehören. Mutterland, Dominions und Kolonien sind zu großen Beiträgen fähig. Wenn man im besonderen vom Mutterland spricht, darf mit Bestimmtheit gesagt werden, seine Militärpolitik habe folgende Hauptziele:

> Größtmögliche Sicherheit des Mutterlandes. Dies bedingt eine ausreichende Land- und Luftmacht in Westeuropa. Dazu gehört sodann der Schutz der britischen Inseln gegen vernichtende Luftangriffe — ein Hauptanliegen. — Das Offenhalten der Seeverbindungen auf allen Weltmeeren. — Die Beschützung des mittleren Ostens und Afrikas. — Im weiteren die Vernichtung des kommunistischen Einflusses in Südostasien und einen Beitrag an die Streitkräfte der Vereinten Nationen.

Keines dieser Ziele kann allein durch die Anstrengungen Großbritanniens erreicht werden. Es muß daher versuchen, mit Hilfe der UNO zum Ziele zu gelangen. Es genügt nicht mehr, nur an die Verteidigung des Reiches zu denken. Das Empire und die ganze freie Welt, zu der es gehört, müssen geschützt werden. Dies ist jedoch nur möglich, wenn das Empire seine Anstrengungen mit denen aller gleichgesinnten Völker verbindet.

Miles